Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure 3mal täglich ins Haus gebracht: 90 ₰ monatl., 2.70 ₰ vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 75 ₰ monatl., 2.25 ₰ vierteljährl.
Durch die Post:
innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 2.60 ₰, monatl. 1.30 ₰ ausschl. Postbestellgeld, ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.
Das Leipziger Tageblatt erscheint 2mal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.
Einzelverkaufspreis der Morgenausgabe 10 ₰, der Abendausgabe 5 ₰.
Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8.
Fernsprecher: 14692, 14693, 14694.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene 30 mm breite Petitzeile 25 ₰, die 74 mm breite Reklamezeile 1 ₰, von auswärts 30 ₰, Reklamen 1.20 ₰;
Inserate von Behörden im amtlichen Teil die 74 mm breite Petitzeile 40 ₰.
Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften und in der Abendausgabe im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr 5 ₰ p. Tausend exkl. Postgebühr.
Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.
Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10.
(Telephon VI, Nr. 4603).

Haupt-Filiale Dresden:
Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 66. Dienstag, den 8. März 1910. 104. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Dem Landtag ging ein Dekret zu, das Vereinfachungen im Bereich des Finanzministeriums herbeiführen soll. (S. Letzte Dep.)

* Der Kaiser wohnte am Montag in Wilhelmshaven der Vereidigung der Marinerekruten bei. (S. Dtschs. R.)

* In der Montagssitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung zugestimmt.

* Der Reichstag erledigte am Montag in erster und zweiter Lesung den Gotthardbahnvertrag und ging dann zur Weiterberatung des Marineetats über. (S. Reichstagsbericht.)

* Nach Konstantinopeler Meldungen hat ein Kampf zweier Kurdenstämme an der russisch-persischen Grenze stattgefunden, wobei zahlreiche Tote blieben.

* Der Generalsekretär der Kolonie Guadeloupe, Henry, ist auf der Veranda seines Hauses durch zwei von einem Unbekannten abgefeuerte Schüsse schwer verletzt worden.

Der neue Bund.

Man hatte es lange Zeit nicht glauben wollen, daß es ernst würde mit der Verschmelzung der linksliberalen Gruppen. Nun ist der neue Bund geschlossen, und die drei alten Parteien haben seine Gründung durch den eigenen Untergang besiegelt. Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Deutsche Volkspartei sind gewesen. Die Fortschrittliche Volkspartei hat zu leben angefangen.

Ohne eine feierliche, sinnbildliche Handlung ist der Uebergang zum neuen Bunde erfolgt. Noch um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, als die Männer die Vatermörder und die schwarzen Biedermannsröcke trugen, hätte man sicher einer solchen Verbrüderung die Weihe durch irgendeine symbolische Handlung gegeben. Die Führer der drei alten Gruppen hätten feierlichen Handschlag getauscht und die Menge hätte jubelnd Beifall gerufen; man kennt diese Pose von den freiheitlichen Regungen in der Zeit von den Freiheitskriegen bis in die achtundvierziger Jahre. Aus Hunderten von Kehlen wäre ein Lied erklungen. Auch ein Banner, von deutschen Frauen gestickt, hätte man sich vermutlich zugelegt. Unsere Zeit ist nüchterner. Sie hat, soviel wir sehen, kein einziges politisches Symbol hervorgebracht, keine Farben, keine Melodie, selbst das Wahlrechtslied Albrecht Trägers macht nicht Anspruch darauf, ein Symbol zu sein wie das Schleswig-Holsteinlied oder die Arbeiter-Marseillaise.

So vollzog sich denn die Bundesgründung in der Form rednerischer Darbietungen. Geistiger Gehalt in möglichst vollendeter Form wurde dargereicht und so der politische Wille beeinflußt. Wir glauben, daß die Fortschrittliche Volkspartei zum Verlaufe der Versammlung im Berliner Wintergarten beglückwünscht werden kann. Ein nicht unwürdiges Bild, das sich dort um die sonntägige Mittagsstunde darbot. Zwar mußte man auch hier wieder das Allegorische und Erinnerungsreiche missen. Ein Raum, der sonst der leichten Unterhaltung dient, aber doch ganz stattlich anzusehen war mit dem Halbkreis der Sessel, mit der rückseitig aufragenden Estrade und zu Häupten dem Sternenhimmel, der von unzähligen Glühkerzen auf dunklem Hintergrunde gebildet wurde. Oben auf der Bühne am Halbmondtische die führenden Männer der Organisationen, die bisher getrennt marschiert waren: Funck, Wiemer, Fischbeck, Träger, Gyßling, Kämpf, Kopsch, Müller-Meiningen, Schrader, Mommsen, Dohrn, Dove, v. Payer, Heimburger. Diese Personen und ihr brüderliches Beisammensein verkörpern dem fortschrittlichen Denken eine ganze Geschichte. Ueberhaupt scheint die fortschrittliche Partei am meisten von allen bürgerlichen an ihren Führern zu hängen. Wenn in freisinnigen Kreisen der Name Eugen Richters genannt wird, so ist es uns, als ob das eine ganz andere Bedeutung hat, als wenn vor nationalliberalen oder konservativen Männern die Erinnerung an einen verstorbenen Führer geweckt wird; die Freisinnigen fühlen sich in höherem Grade als Lebensgemeinschaft mit eigenen Zwecken als die anderen, deren Gedanken mehr auf den Staat und auf seine Träger gerichtet sind; was Bismarck etwa für jene Kreise ist, ist noch heute den Freisinnigen ihr strenger Führer aus der bismarckschen Zeit.

Sie haben nun gebaut ein stattliches Haus. Sie haben sich ein Programm und durch Organisationsstatut eine äußerliche Hausordnung gegeben. Im Hause soll herrschen der Geist der politischen Arbeit, des aufrechten Bürgersinns, der „gottgewollten Unabhängigkeit", wie Müller-Meiningen sich in seiner trefflichen Programmrede ausdrückte, aber auch Gemeinsinn, staatsbürgerliches Pflichtgefühl, Treue zur Monarchie, Disziplin und Feindschaft gegen Demagogie. Dieser Bau soll dienen für künftige Zeiten. Die Stimmung aber, in der man ihn gegenwärtig bezieht, ist gemischt aus Opposition gegen Reaktion und Regierung und aus dem Gefühl, daß man doch einiges vor sich gebracht und zu verteidigen habe. Payer, unfähig, in unehrlicher Uebertreibung Befriedigung zu finden, gab zu, einiges habe sich in den letzten Jahren zum Besseren gewendet — er dachte dabei wohl auch an das Vereinsgesetz, an dem er mitgearbeitet. Und auch Naumann erwähnte gelegentlich, daß es noch dunklere Zeiten gegeben habe. Wir sind der Ansicht, daß in der Tat eine Uebertreibung sorgfältig vermieden werden muß. Sonst würde ein Rückschlag im gebildeten Bürgertum entstehen. Daß es heute eine Schmach sei, im Deutschen Reiche zu leben, das die Sehnsucht unserer Väter gewesen, soll man nicht behaupten. Auch preußisches Wesen soll man nicht ohne Unterschied verspotten und verlästern. Dem süddeutschen Payer mag es aus seinem Verkehr mit den norddeutschen Parteifreunden fühlbar geworden sein, daß ihnen unbehaglich zu Mute wird, wenn preußischer Staat und preußisches Leben immer nur verketzert werden. Auf feine Weise suchte er, indem er den Unterschied der norddeutschen und der süddeutschen Denkweise aufzeigte, zugleich der Verständigung und Versöhnung zu dienen. Wenn der Unterschied darin gesehen würde, daß man in Norddeutschland das Stramme, in Süddeutschland das Gemütliche schätzte, so bleibe das an der Oberfläche. Der tiefere Unterschied läge darin: in Norddeutschland gehe man vom Staat aus, freue sich der Größe dieses Staates und der eigenen Zugehörigkeit zu ihm; in Süddeutschland gehe man von den einzelnen aus und freue sich, daß der Staat aus solchen Kerlen bestehe; beide Auffassungen können einander ergänzen; wenn es darauf ankomme, die Pflichten gegen den Staat zu betonen, sei die norddeutsche Auffassung angebracht; wenn es auf die staatsbürgerlichen Rechte ankomme, sei die süddeutsche am Platze.

Neben dieser freien Würdigung dessen, was ist, und der Freude am Errungenen stand aber, sie überragend, die Opposition gegen die Regierung und gegen diejenige politische Richtung, von der man glaubt, daß sie in der nächsten Zeit vorherrschen wird. Die Epoche der Heranziehung des Freisinns zur Regierungsarbeit — einer der charakteristischen Gedanken der Blockpolitik — erscheint abgeschnitten. Wenn das hohe Maß von rechtlicher Gesinnung, Gemeingefühl und Treue zum Staate, das in manchen der Reden des Wintergartens zum Ausdruck kam, ins Auge gefaßt wird, könnten wohl die Regierenden nicht ohne Bedauern daran denken, daß diese Kräfte nun wieder mehr abseits stehen sollen. Andererseits wird man sich darüber klar sein müssen, daß die Einigung des gesamten Freisinns im Blocke kaum möglich gewesen wäre.

Das Verhältnis des neuen Bundes zu der liberalen Partei weiter rechts wird den Nationalliberalen, wenn es nach einem Ausspruche Müller-Meiningens geht, gut sein. Man sprach nicht viel davon, ebenso wie man die Sozialdemokratie nur selten erwähnte. Wenn der Abgeordnete Naumann beim Mahle in einer politischen Ansprache die Solidarität mit den Sonntagsdemonstranten betonte, so können wir ihm nicht recht geben. Wir möchten die Gründung der fortschrittlichen Volkspartei für weit wichtiger halten, als die Sonntagsspaziergänge selbst von Hunderttausenden, und es erscheint uns nicht recht angebracht, an solchem Tage nach den Kundgebungen einer dem Liberalismus feindlichen Partei zu gucken. Die ganze Ansprache Naumanns richtete sich allzusehr an das Gefühl und an die Phantasie, zu wenig an den Verstand. Wenn an die Gewalt appelliert und revolutionäres Feuer angefacht wird, und Naumanns Rede hatte etwas revolutionäres Pathos, so ist nicht der Liberalismus der Stärkere. Gerade weil hier noch kürzlich Naumann verteidigt worden ist, möchten wir ihn jetzt dringend ermahnen, auf diesem Wege nicht weiterzugehen. Von Demonstrationszügen wird sich schwerlich eine neue Epoche deutscher Politik herschreiben; dazu sind sie zu äußerlich und nicht auf innerliche Wirkung gestellt. Gern dagegen möchten wir künftig einmal konstatieren können, daß von der Gründung der fortschrittlichen Volkspartei ein neuer Aufschwung des politischen Lebens in Deutschland datiert.

Sächsische Parlamentswoche.

Die hinter uns liegende Parlamentswoche zeigte in ihrem Verlaufe das gerade entgegengesetzte Bild von der vergangenen. Damals lebhafte Debatten in der Zweiten Kammer, die zu heftigen Kämpfen zwischen der Regierung und der Volksvertretung führten, während in der Ersten Kammer alles in tiefem Schweigen zuging, diesmal in der Zweiten Kammer eine Harmonie von der Rechten bis zur Linken mit der Regierung, wie sie sich der selige Pythagoras nicht schöner hätte denken können, dafür aus der Ersten Kammer aber zorniger Kriegsruf eines jungen Ritters, der auszog zum Kampf gegen die Ungläubigen und mit seinen Drommetenstößen ein kräftiges Echo aus den Reihen der Prälaten erweckte, Widerstand aber beim Bürgertum fand.

Die Woche setzte ziemlich milde ein. Die Deutschkatholiken-Debatte, die sich an das Kap. 98 des Rechenschaftsberichts knüpfte, brachte in der Hauptsache nur eine Wiederholung der Debatte vom 22. Februar: die Sozialdemokraten lehnten, getreu ihrem Prinzip der Trennung von Kirche und Staat, jede Verwendung von staatlichen Geldern zu kirchlichen Zwecken ab, die Freisinnigen erklärten, wenn die Regierung der Meinung sei, die Deutschkatholiken hätten die von ihnen selbst 1848 aufgestellten Glaubenssätze verlassen, so sei sie auch verpflichtet, ihnen die Anerkennung als staatlich aufgenommene christliche Konfession im Sinne des § 56 Abs. 1 der Verfassung zu entziehen. Die Regierung selbst nimmt in dieser Beziehung einen logisch nicht ganz einwandfreien Standpunkt ein. Sie sagt: die Deutsch-Katholiken halten jetzt nicht mehr an allen Glaubenssätzen fest, die damals ausdrücklich Voraussetzung der Aufnahme waren. Sie sieht aber nicht ein, daß mit der Voraussetzung auch die Folgerung fallen muß, nämlich die staatliche Anerkennung als christliche Konfession. Jetzt zieht die Regierung diese Konsequenz nur auf finanziellem Gebiet, indem sie die bis 1904/05 an die deutschkatholischen Gemeinden gezahlte Summe von 3000 ℳ jährlich nicht mehr in den Etat einstellt, nicht aber auch auf rechtlichem. Sehr bezeichnenderweise ging der Kultusminister Dr. Beck um die Kernfrage, die Abg. Günther aufgeworfen hatte, ganz herum, er antwortete nicht auf die Aeußerung Günthers, daß nach seiner Ansicht die Regierung verpflichtet sei, vom Landtag bewilligte Unterstützungen auch tatsächlich auszuzahlen. Unserer Ansicht nach ist sie allerdings dazu verpflichtet und hat den Deutschkatholiken zu Unrecht die vom Landtag bewilligte Subvention vorenthalten. Wollte die Regierung aus dogmatisch-religiösen Gründen die Summe nicht wieder in den neuen Etat einstellen, so war das ihr gutes Recht, und es wäre dann Sache des Landtags bzw. der Deutschkatholiken selbst gewesen, auf Wiedereinstellung der Summe zu dringen. Eine Anregung des freisinnigen Abg. Bärwinkel-Zwickau in diesem Sinne wurde aber am 6. April 1908 in der Kammer abgelehnt. Damit war für 1908/09 eine Unterstützung dieser Gemeinden unmöglich gemacht, aber keineswegs war damit ein Recht der Regierung auf Zurückhaltung der vom Landtage auf 1906/07 bewilligten Subvention aufgestellt oder anerkannt. Diese mußte vielmehr gezahlt werden, nachdem sich Regierung und Landtag über den Staatsbedarf 1906/07 laut Akzeptationsdekrets geeinigt hatten. Wir haben hier die Sache etwas ausführlicher erörtert, aus wichtigen prinzipiellen Gründen. Was heute den Deutschkatholiken passiert, kann morgen jeder andern (religiösen oder sonstigen) Gemeinschaft passieren.

Die wichtigste Sitzung der Zweiten Kammer war die vom Mittwoch. Man hatte allgemein eine Sitzung von der Dauer eines Normalarbeitstages erwartet, aber die Sache kam anders. Die Regierung operierte wesentlich geschickter als in der vorhergehenden Woche, indem der Minister Graf Vitzthum v. Eckstädt gleich nach der Begründung des Antrags Dr. Roth auf neuzeitliche Umgestaltung des gesamten Beamtenrechts erklärte, die Regierung halte selbst eine Neuredaktion und Zusammenfassung der jetzt diese Materie regelnden Gesetze von 1835 und 1876 für wünschenswert und sei bereit, in die Vorarbeiten einzutreten. Diese prompte Erklärung wurde auf allen Seiten des Hauses mit Genugtuung begrüßt, und gerade ihre Promptheit trug wesentlich zur Abkürzung der Debatte bei, veranlaßte auch, daß das Haus den Antrag sofort in Schlußberatung erledigte. Das gleiche zeigte sich bei den Anträgen Opitz-Hettner auf Niedersetzung eines besonderen Ausschusses zur Herbeiführung größerer Vereinfachung in den Geschäften der inneren Verwaltung. Auch hier führte die prompte, entgegenkommende Erklärung der Regierung durch die beiden Minister Grafen Vitzthum v. Eckstädt und Dr. v. Rüger dazu, daß die Debatte wesentlich rascher verlief als angenommen wurde. Die geschäftliche Behandlung wurde noch dadurch erleichtert, daß die Antragsteller infolge Uebereinkommens untereinander ihre Anträge in einen einzigen gemeinschaftlich gestellten verschmolzen. Offen geblieben ist allerdings die Frage, wer den Ausschuß berufen soll. Wenn dies auch schließlich von der Regierung aus geschehen muß, so wäre es doch sehr wünschenswert gewesen, wenn der Landtag, der die Anregung zur Niedersetzung dieses Ausschusses gegeben hat, sich auch ausdrücklich ein Mitbestimmungsrecht über die Zusammensetzung gesichert hätte. Leider hat man das anscheinend in der freudigen Eile übersehen, und man wird nun abwarten müssen, ob die Regierung aus eigenem Antriebe dem Landtag ein solches Recht einräumen wird. Vielleicht läßt sie sich dazu herbei, nachdem ihr der Abg. Opitz unter Zustimmung des Abg. Hettner die unseres Erachtens wohl überflüssige Erklärung abgegeben hat, der Antrag solle kein Mißtrauensvotum gegen die Regierung bedeuten. Die Freitagsitzung der Kammer verlief, wie üblich, sanft und schmerzlos, indem man sich in der Hauptsache über Eisenbahnangelegenheiten von lokaler Bedeutung unterhielt.

In der Ersten Kammer ging es, wie schon eingangs erwähnt, am Donnerstag recht lebhaft zu, und zeitweise sah es aus, als wenn es zu einer regelrechten Kulturkampfdebatte en miniature kommen sollte. Daß gerade der Benjamin des Hauses, Graf zu Castell-Castell, der Schwiegersohn des unlängst verstorbenen Ministers Grafen Hohenthal, diese Debatte „im Namen zahlreicher Elternpaare" anschnitt, berührte dadurch etwas seltsam, daß der Redner selbst darauf hinwies, sie sähen der Zeit des Schulbesuchs ihrer Kinder noch entgegen, also von vornherein zugab, die Sorge um den „wahrhaft evangelischen Religionsunterrichts" sei für sie verfrüht. Er brauchte sich auch sonst keine Sorgen zu machen. Denn die Erklärungen, die der Kultusminister Dr. Beck schon am 19. Januar 1909 in der Zweiten Kammer über die künftige Gestaltung des Religionsunterrichts, wie des Volksschulwesens überhaupt abgegeben hat, und auf die er am Donnerstag in der Ersten Kammer ausdrücklich Bezug nahm, lassen klar und unzweideutig erkennen, daß die Regierung leider an der Konfessionalität der Volksschulen festhält. Für den Grafen Schönburg, der anscheinend glaubt, seinen Katholikenstandpunkt bei jeder passenden oder nicht passenden Gelegenheit in der Ersten Kammer betonen zu müssen, so war darum wirklich keine Veranlassung gegeben, sich irgendwie aufzuregen. Oberbürgermeister Keil (Zwickau) wies denn auch die Einmischung des Grafen Schönburg in Interna der evangelischen Kirche und Erziehung mit erfreulicher Entschiedenheit zurück. Näher hier nochmals auf die Sache einzugehen, liegt keine Veranlassung vor, da dies bereits im Leitartikel „Religions- oder Konfessionsunterricht?" am Sonnabendmorgen geschehen ist. Interessant war eine Bemerkung des sehr ruhig und sachlich sprechenden Bischofs Dr. Schäfer am Schlusse seiner Ausführungen, nämlich die Frage: Darf man die Eltern zwingen, ihre Kinder religiöse Ansichten lernen zu lassen, die von den eigenen religiösen Ansichten der Eltern abweichen? Der Bischof erklärte diesen Zwang für einen Widerspruch zu der von den Lehrern geforderten Lehrfreiheit, und er hatte damit ganz recht, unterließ aber, die daraus entspringende Konsequenz hinzuzufügen, nämlich die, daß dieser Widerspruch vermieden wird, wenn man in der Schule keinen Konfessionsunterricht, sondern lediglich einen vom Dogmatischen freien, das Ethische betonenden Religionsunterricht erteilt und es dem Hause überläßt, durch freie Auswahl des Pfarrers für den nach Ansicht der Eltern geeigneten Konfirmandenunterricht zu sorgen. Tatsächlich bedeuten die Worte des Bischofs die schärfste Verurteilung der konfessionellen Schule!

(Die „Sächsische Parlamentswoche" mußte diesmal wegen der Fülle der Ereignisse am Sonntag um einen Tag verschoben werden. — Red.)

Admiral von Knorr.

Der Mann, der heute unter lebhaftester Anteilnahme aller Vaterlandsfreunde seinen siebzigsten Geburtstag feiert, Admiral Eduard von Knorr, hat ein großes Glück gehabt vor seinen Kameraden, ihm ist es als Schiffskommandanten beschieden gewesen, 1870/71 an den Feind zu kommen und dem gegnerischen Kriegsschiff eine Schlappe beizubringen. Knorr ist am 8. März 1840 zu Saarlouis geboren. Er war Sohn eines Obersten und trat mit 14 Jahren als „Seekadetten-Aspirant" in die preußische Marine, mit 19 Jahren wurde er Fähnrich zur See. Seine Ausbildung genoß er auf der später im Orkan untergegangenen Segelkorvette „Amazone", der Fregatte „Thetis" und anderen Schiffen, ging mit der „Danzig" nach Marokko und nahm endlich von 1880 bis 1883 an der ersten preußisch-ostasiatischen Expedition auf der „Arkona" teil, die auf der Reise beinahe in einem Taifun untergegangen wäre und sich später glänzend bei Jasmund gegen die Dänen schlug. Damals freilich befehligte Knorr schon als Kapitänleutnant das Kanonenboot „Natter". Am 5. September 1889 erhielt er das Kommando über das Kanonenboot „Meteor" für eine Reise nach Westindien und Südamerika. Mittlerweile brach der Krieg aus und so traf er den viel größeren und stärkeren französischen Avisо im Hafen von Havanna als Feind. Dieser verfügte über 130 Pferdekraft und 85 Mann Bemannung, gegen 80 Pferdekraft der Meteormaschine und 65 Mann. Am 8. November 1870 verließ der „Bouvet" den Hafen, 24 Stunden später gestattete die spanische Regierung des Auslaufen des „Meteor", der bald den „Bouvet" sichtete. Der Franzose wollte das deutsche Schiff rammen, dies zwar wurde durch eine geschickte Wendung verhindert, immerhin fuhr der Vordersteven des „Bouvet" an dessen Schiffsseite entlang, schob die Mündungen der fertig und zum Feuern ausgerannt stehenden Geschütze und machte sie gefechtsunfähig. Außerdem rissen Kranbalken und die stärkere Bemastung des Franzosen die Fockraa des „Meteor" und seine Boote herab und brachen ihm Groß- und Besanmast. Auch das heftige Gewehrfeuer vom Deck des viel höheren „Bouvet" tat argen Schaden. Zu alledem wurde die Schraube durch das über Bord gegangene Tauwerk für eine Weile manövrierunfähig. Aber es gelang, den Schaden zu kurieren, der „Meteor" konnte seine Backbordseite ins Gefecht bringen, und eine seiner 12-Zentimeter-Granaten traf den Maschinenraum des „Bouvet". Der Franzose, der nun vollkommen am Manövrieren unter Dampf verhindert war, setzte eilends Segel und steuerte dem bergenden Hafen zu. Der „Meteor" konnte wegen seiner Schraubenhavarie nicht sofort folgen, und so gelang es dem „Bouvet", in die schützende, neutrale Zone zu entkommen.

Knorr erhielt für diese Waffentat das Eiserne Kreuz, wurde 1871 zum Korvettenkapitän ernannt und bald darauf zum Vorstande des Hydrographischen Amtes. Von 1874 bis 1878 kommandierte er die „Hertha" auf ihrer großen Reise nach Ostasien. 1876 wurde er Kapitän zur See. Er hatte seitdem verschiedene Landkommandos und wurde 1883 Konteradmiral. Als solcher führte er 1884 das Westafrikanische Geschwader und leitete die Kämpfe gegen die aufständischen Duala-Dörfer. Im Hafen von Kapstadt wurde er 1887 abgelöst und, nach Kiel zurückgekehrt, zum Inspekteur der 1. Marine-Inspektion ernannt. 1889 wurde er Chef der Ostseestation und Vizeadmiral, 1893 Admiral, 1895 kommandierender General, eine Charge, die nicht wieder verliehen wurde, als er 1899 zur Disposition gestellt wurde. Am 18. Januar 1896 hatte ihn der Kaiser schon geadelt. 1905 wurde die Büste des verdienten Seemannes vor der Marine-Akademie in Kiel aufgestellt.

Die nationalliberale Heerschau in Hildesheim.

Aus Hildesheim, 6. März, schreibt man uns: Die Blicke des politischen Deutschland sind augenblicklich mit besonderem Interesse auf die Provinz Hannover gerichtet. Wohl nirgends in unserem Vaterlande ist der Kampf zweier politischer Gruppen um die Herrschaft so heftig wie hier, wo sich die Konservativen bzw. der Bund der Landwirte mit allen Kräften ins Zeug legen, die traditionell nationalliberale Provinz für sich zu erobern. Es war deshalb nur ein Gebot der politischen Klugheit, daß als Antwort auf den am 13. Februar in den Mauern von Hildesheim tagenden konservativen Parteitag, auf dem Herr v. Heydebrand und der Lasa seine vielbeachtete Rede hielt, die national-

SLUB
Wir führen Wissen.